

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

9. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

17. Mai 2011

Zensus 2011: Neuvermessung von Leben, Land und Leuten

Es war noch die große Koalition, die mit ihrem Zensusgesetz 2009 – wie zum Beispiel auch beim Vorratsdatenspeicherungsgesetz – wieder einmal – eine europäische Vorgabe übererfüllte. Für 2011 und dann alle zehn Jahre schreibt eine Richtlinie (EG Nr 763/2008) vor, umfassende Daten über die Bevölkerung und Wohnsituation vorzulegen. Insgesamt zwei Bundesgesetze und die entsprechenden Umsetzungsgesetze der Länder sind die Grundlage für den jetzt laufenden sogenannten registergestützten Zensus 2011.

Registergestützt heißt, dass die direkte Befragung der Bürgerinnen und Bürger an der Haustür eine vergleichsweise kleine Rolle spielt. Entscheidend ist der Abgleich der bereits existierenden Datenbestände bei der Bundesagentur für Arbeit, den Meldebehörden und anderen. Etwa 17 bis 18 Millionen Immobilienbesitzer müssen Alter und Größe der Gebäude, Ausstattung, deren Nutzung, Mietverhältnisse, Heizungsart, WC, Badewanne, Dusche und Nutzung ihrer Wohnungen oder Häuser angeben. Weitere etwa 10 Millionen Menschen werden, zufällig ausgewählt, intensiv nach ihren Lebensverhältnissen ausgeforscht.

Dazu gibt es drei Fragebögen. Einen zur Gebäude- und Wohnungszählung, einen für die Haushaltsbefragung und einen für Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte

(www.zensus2011.de), sogenannte sensible Einrichtungen, wozu psychiatrische Einrichtungen, Gefängnisse und andere Einrichtungen gehören.

Begründet wurde und wird dieser Zensus mit der Notwendigkeit einer Inventur der Bevölkerung und ihrer Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Die derzeitigen offiziellen Zahlen über die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik seien in einem Umfang von bis zu anderthalb Millionen Menschen falsch. Die letzten Volkszählungen – DDR 1981 und BRD 1987 – seien zu lange her, Länder, Städte, Gemeinden würden „tote Seelen“ zählen und dafür Zuwendungen des Bundes bzw. der Länder kassieren. Daten über Bevölkerung, Alter, Erwerbstätigkeit, Wohnverhältnisse, Migrationshintergrund, Geschlecht, Geburtsort und Geburtsland, Alter, Staatsangehörigkeit, Ausbildung, Familienstand, Lebensgemeinschaften, Haushaltsgröße, Beruf – exakte Zahlen darüber und noch über einiges mehr seien aber vor allem notwendig für eine Politik, die auf besseren Planungsdaten beruhe. Dann könne die Politik auch den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der Gesellschaft dank exakter Zahlenbasis besser gerecht werden. Treuherzig versichert die offizielle Seite im Internet (www.zensus2011.de) in Zukunft verlässliches Wirtschaften und Pla-

nen, aber „um verlässlich wirtschaften und planen zu können, machen Unternehmen meist jährlich eine Inventur. So ähnlich kann man sich auch den Zensus vorstellen: als eine Art Inventur für das ganze Land. Und die ist überfällig, denn die Basisdaten in Deutschland sind nicht auf dem neuesten Stand“.

Stuttgart 21, Energiepolitik, Desaster bei der Deutschen Bahn und der Berliner S-Bahn, in den Sand gesetzte elektronische Gesundheitskarte, wachsende Armut, menschenfeindliche Berechnung von Hartz IV – alles Irrtum und Folge falscher oder ungenügender Zahlenbasis in Bund, Ländern und Gemeinden?

DIE LINKE hat Gesetze und Umsetzung des Zensus 2011 von Anfang an abgelehnt, die dazu durchgeführten Anhörungen im Innenausschuss des Bundestages (7. September 2007 und 20. April 2009) haben weder die grundlegende Notwendigkeit einer derart aufwändigen Inventur überzeugend belegen können noch wurden die datenschutzrechtlichen und politischen Bedenken ausgeräumt. Die Kosten stiegen von ursprünglichen 350 Millionen Euro auf 500 Millionen alleine für die Länder. Inzwischen ist die Rede von 700 - 800 Millionen. Die Hauptlast tragen die Länder. Angesichts der Finanzsituation der Länder und unter dem Diktat der Schuldenbremse ist das eine reine Zumutung.

Erster Mai in Halle – eine Nachbetrachtung

Unter dem Motto „Halle blockt. Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!“, welches sich das überparteiliche Bündnis Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage erarbeitet hat, fanden sich über 2000 Bürgerinnen und Bürger am Sonntag zusammen, um gemeinsam zu zeigen, dass auch in Halle Nazis nicht erwünscht sind.

Im Nachgang möchte ich einschätzen, dass es eine gelungene Veranstaltung war. Die Nazis konnten zumindest die von ihnen geplante Route durch die südliche Innenstadt nicht laufen, mussten eine stark verkürzte Route nehmen und konnten ihre Parolen nicht in dicht bewohnten Gebieten grölen. Besonders angenehm überrascht war ich, wie viele Menschen quer durch alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten gekommen waren, um ihrem Unmut gegen rechtes Gedankengut Ausdruck zu verleihen. Ich denke, die Breite des Bündnisses und das Engagement vieler haben zu diesem ersten Erfolg geführt.

Natürlich darf man nicht vergessen, dass es auch Misserfolge gab. So konnte der Demonstrationszug vom Rannischen Platz sein eigentliches Ziel, den Kamieth Platz, nicht erreichen, die Polizei war aufgrund ihrer Fehleinschätzung über die Teilnehmerzahl der Nazidemo (die Polizei ging von 300-500 Neonazis aus, vom Bündnis wurde von vornherein von einer Teilnehmerzahl von 500-1000 Neonazis ausgegangen, da ja bundesweit nach Halle mobilisiert worden war) streckenweise völlig überfordert. Das erste Plenum zur Auswertung des 1. Mai hat bereits stattgefunden, ein zweites war für den



16.05.2011 einberufen. Wir werden im Nachgang aus den Fehlern und auch aus den Erfolgen lernen – eines steht für mich jedenfalls fest: Die Gründung des Bündnisses Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage war für Halle richtig und wichtig. Ein Nachsatz sei mir noch gestattet: Viele unserer Genossinnen und Genossen waren auch dabei, Wulf Gallert, Petra Sitte, Birke Bull, Swen Knöchel, Hendrik Lange, Bodo Meerheim, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsfraktion und und und. Ich würde gern alle beim Namen nen-

nen, aber dazu waren es einfach zu viele. Also ein paar „prominente“ Namen. Umsoerbärmlicher die Berichterstattung sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang der Demonstration. Die Menschen konnten nach Berichterstattung der "MZ" glauben, DIE LINKE war nicht dabei. Dabei waren wir auch in der Vorbereitung im Bündnis sehr stark vertreten. Besonders Henriette Quade, die im Koordinierungskreis des Bündnisses aktiv tätig ist. Aber auch der Stadtverband, sds.dielinke, linksjugend[solid]. MB

Einige Genossinnen und Genossen Neustadt – West schlagen vor:

Die haleschen Landtagsabgeordneten werden gebeten, folgenden Antrag in den Landtag einzubringen:

Anstelle der viel umstrittenen Schilder an den Landesgrenzen, die aussagen, dass hier das Land der Frühaufsteher beginnt, sollte zur Kenntnis gebracht werden: „Sachsen-Anhalt ist und bleibt atomwaffenfrei! Jede Durchfahrt von Fahrzeugen mit Atomwaffen ist unerwünscht!“ Es sollte dieser Text allen Bundesländern zur Nachahmung empfohlen werden, damit endlich an allen Landesgrenzen zu lesen ist: „Wir begrüßen Sie in der atomwaffenfreien Bundesrepublik Deutschland!“

Basisorganisationen, die sich diesem Vorschlag anschließen möchten, geben dieses bitte bis zum 21. Juni 2011 der Geschäftsstelle oder dem Stadtvorstand bekannt.

Verhinderte Aufklärung - Die Aufarbeitung der braunen Wurzeln der Bundesrepublik ist überfällig

Nach der erfolgreichen Rehabilitierung der sogenannten Kriegsverräter in der letzten Wahlperiode steht nun die Aufarbeitung der braunen Wurzeln in der Bundesrepublik im Zentrum der geschichtspolitischen Aktivitäten meines Büros.

Die Linksfraktion im Bundestag hat mittlerweile eine ganze Reihe von parlamentarischen Initiativen für eine kritische Geschichtspolitik gestartet. Kern der Anträge und Anfragen ist die Aufdeckung der personellen Verstrickungen zwischen NS-Regime und Bundesrepublik sowie die Frage, inwieweit die ausgebliebene Aufarbeitung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik die Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates beschädigt hat. Unter anderem wurde ein Antrag eingebracht, der verlangt, endlich die Geschichte des BND aufzuarbeiten und besonders die Akten zum Fall Eichmann offenzulegen. Ein anderer Antrag will die Aufarbeitung der Vergangenheit in allen relevanten Ministerien und Behörden des Bundes analog zur Studie des Außenamtes anschieben. Mit einer großen Anfrage will die Fraktion darüber hinaus eine allgemeine Debatte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland auf den Weg bringen.

In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage "Geheimhaltung von BND-Akten zur NS-Vergangenheit" (17/5005) behauptet die Bundesregierung, dass sie "offen und kritisch mit der Vergangenheit des BND und seiner Mitarbeiterschaft" umgehe. Diese Behauptung überhaupt aufzustellen, angesichts einer

bis heute andauernden Politik der Geheimhaltung, des Vertuschens und Verschweigens, ist schon ziemlich gewagt. Wenn man sich dann jedoch auch noch die Erläuterungen der Bundesregierung zu den Arbeitsbedingungen der, vor kurzemeingerichteten, Unabhängigen Historikerkommission (UHK) ansieht, wird klar, dass die Bundesregierung dreiste Augenschere betreibt.

Die Offenheit finde nämlich, „ihre Grenzen in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze anderer Rechtsgüter, wie z.B. den Persönlichkeitsrechten Dritter und dem für die nachrichtendienstliche Arbeit unerlässlichen Quellenschutz“. Mit eben jenem Verweis auf Sicherheitsinteressen und Quellenschutz haben Bundesregierung und BND über Jahre hinweg eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit des BND und der Organisation Gehlen erfolgreich verhindert. Bislang hat zum Beispiel das Kanzleramt noch niemandem die volle Einsicht in die Akten zu Eichmann gewährt und jede Akteneinsicht durch Journalisten musste mühsam gerichtlich erstritten werden. Und wie weit die Kritik gehen darf, ahnt man, wenn man weiß, dass die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse zwar „der wissenschaftlichen Verantwortung der UHK“ unterliege, diese aber der vorherigen schriftlichen Freigabe durch den BND bedarf. Im Klartext: Es darf nichts ohne Erlaubnis des BND veröffentlicht werden. Sollten die Wissenschaftler Ergebnisse zu Tage fördern, die für den BND noch heute belastend sind, könnte es also vom Wohl-

wollen eben der untersuchten Organisation abhängen, ob diese Ergebnisse veröffentlicht werden dürfen.

Während der UHK der freie Zugang zu den betreffenden Akten vertraglich garantiert wird, will man sie der Öffentlichkeit generell nicht zur Verfügung stellen. Hier offenbart sich ein seltsames Verständnis von kritischem Umgang mit der eigenen Vergangenheit und ein generell problematisches Verständnis der Bundesregierung von der Freiheit der Wissenschaft. Da, wo der BND die Hand nicht drauf hat, soll es auch keine Akteneinsicht geben. Mit einem seriösen wissenschaftlichen Anspruch lässt sich diese Auftragsarbeit von BND- und Kanzleramts-Gnaden jedenfalls nur schwer in Einklang bringen.

Geradezu unverschämt ist die Antwort bei der Frage, warum es denn kein „Nazi-Unterlagen-Gesetz“ analog zum „Stasi-Unterlagen-Gesetz“ gebe. Antwort der Regierung: Der Umgang mit NS-Akten sei der Normalfall, das Stasi-Unterlagen-Gesetz gebe es, weil es der Wunsch der DDR-Bürgerbewegung gewesen sei. Offensichtlich will sich die Bundesregierung nicht an die „Wünsche“ der Opfer des NS-Regimes erinnern, die sich seit 1945 immer für eine Offenlegung der Akten zur NS-Vergangenheit eingesetzt haben, damit aber zumeist auf taube Ohren stießen. Während die Stasi-Unterlagen-Behörde 20 Jahre nach Ende der DDR 1.687 Mitarbeiter hatte, hatte beispielsweise die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ im schwäbischen

Ludwigsburg 20 Jahre nach Kriegsende exakt 121 Mitarbeiter. Nie in ihrer Geschichte hatte die Zentralstelle, die derzeit mit ganzen 19 Mitarbeitern auskommen muss, auch nur annähernd ausreichende Mittel oder genügend Personal, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Hier zeigt sich einmal mehr, wo der geschichtspolitische Schwerpunkt in der Bundesrepublik liegt: Eindeutig nicht auf Seiten der Opfer massenhaften Mordens.

Der Fall Eichmann steht exemplarisch für die bis heute andauernde Verhinderung einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit den braunen Wurzeln der Bundesrepublik. Die Adenauer-Regierung betrachtete den Logistikspezialisten unter den Exekutoren der NS-Judenvernichtung vor allem als Risikofaktor. Schon die bislang offengelegten Akten zeigen, dass die damalige Regierung keinerlei Interesse an Eichmanns Ergreifung hatte, ja schlimmer noch: Sie behinderte die Suche nach dem Organisator des Holocaust aktiv. Als Eichmann am 23. Mai 1960 in Jerusalem eintraf, war die Bundesregierung in großer Sorge. Der BND wertete die Interviews aus, die der redselige Eichmann in Buenos Aires dem niederländischen SS-Mann und Journalisten Willem Sassen gegeben hatte und fand darin zu seinem Schrecken mehr als 400 Namen. Man befürchtete, ehemalige Nazis in wichtigen Positionen in der Bundesrepublik, allen voran Staatssekretär Hans Globke, könnten im anstehenden Prozess belastet werden. In der Folge tat man einiges, um zu verhindern, dass dies geschähe und die personellen Kontinuitäten zwischen NS und

BRD ans Licht kommen würden. Mit Erfolg.

Und diese Verhinderungspolitik hält bis heute an. Während CIA und Mossad ihre Eichmann-Akten längst deklassifiziert und veröffentlicht haben, sabotiert das Bundeskanzleramt weiterhin die Aufarbeitung der entsprechenden deutschen Akten.

So sollen unangenehme Fragen nach der politischen Verantwortung von Adenauer und der CDU für die NS-Seilschaften im deutschen Geheimdienst und Staatsapparat auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden. Es wird

langsam Zeit, dass die Öffentlichkeit die bürgerlichen Parteien dazu zwingt, dieses dunkle Kapitel ihrer Geschichte tatsächlich offen und kritisch aufzuarbeiten. Bislang hat es von CDU, CSU und FDP keinerlei kritische Beschäftigung mit der Ära Adenauer gegeben und das angesichts zahlloser Fälle von braunen Karrieren. Globke, Kiesinger, Filbinger, Oberländer, Lübke, Naumann oder Achenbach waren ja nur die Spitze des NS-Eisberges in der christdemokratischen und liberalen Nachkriegsgeschichte.

Jan Korte, MdB

Stirbt der Saalekanal, dann als Opfer der Ökonomie, nicht der Ökologie

Mit Blick auf die Ankündigung Verkehrsminister Webels, den Saaleausbau nicht kampflos aufgeben zu wollen, bemerkt der Sprecher der Fraktion für Raumordnung und Landesentwicklung Dr. Uwe-Volkmar Köck:

„Der Buhmann ist für die Apologeten des Saale-Seiten-Kanals und die Förderer der Elbeschiffahrt längst ausgemacht: Es sind Naturschützer und „grüne Spinner“. Und nun fällt ihnen ausgerechnet ein tiefschwarzer Bundesverkehrsminister in den Rücken. Der scheint sich offensichtlich nicht wie seine zahlreichen Vorgänger von Versprechungen der Lobbyisten einwickeln zu lassen. Seine Argumente wirken wie ein Schlag in die Magengrube, denn sie sind rein ökonomischer Natur.

Bestätigt sehen sich diejenigen – darunter DIE LINKE –, die seit Jahren warnen: Der Kanal wird gebaut, und kein Schiff fährt. Die Argumente sind seit langem bekannt: die Transportkosten stehen unter Dauerdruck, u. a. deshalb hält der Trend zu immer größeren Schiffen unvermindert an, die Neubauten der letzten Jahre sind alle größer 2000t, die Ausbauparameter von Saale und Seitenkanal sind auf einen aussterbenden Schiffstyp orientiert.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

12.05.2011

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 26.05.2011

Antifaschistische Klausel in die Verfassung des Landes

Zum Tag der Befreiung am 8. Mai erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Die Befreiung vom Nationalsozialismus bleibt bis heute Mahnung, im Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nachzulassen. Es bleibt dabei, dass dafür weder in den Köpfen noch auf den Plätzen und Straßen unseres Landes Raum bleiben darf. Und dazu bedarf es der Zivilcourage vieler Menschen ebenso wie des konsequenten Handelns des Rechtsstaates.

DIE LINKE setzt sich konsequent für ein Verbot der NPD ein und verbindet damit auch die Forderung, seitens des Staates die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die Erarbeitung und Umsetzung eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt kann diese Auseinandersetzung unterstützen, daher setzt sich die Fraktion im Landtag wie auch außerparlamentarisch dafür ein.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus bleibt eine Herausforderung an alle Demokratinnen und Demokraten. DIE LINKE erneuert ihre Forderung nach Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Sachsen-Anhalt, wonach die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll. Eine solche Klausel wäre ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.“



Wie in jedem Jahr nahmen wieder viele Genossinnen und Genossen am Gedenken zum Tag der Befreiung auf dem Nord- und Südfriedhof teil.

Linker Medientag wird LiMA regional Magdeburg

Nachdem im vergangenen Jahr der 1. Linke Medientag Sachsen-Anhalt sehr viel positive Resonanz erhielt und der Wunsch nach Wiederholung von fast allen Teilnehmern geäußert wurde, steht jetzt fest:

Am 10. September 2011 findet in Magdeburg der 2. Medientag Sachsen - Anhalt statt.

Dabei werden wir auf Angebote des letzten Jahres zurückgreifen, aber auch Neues anbieten und ausprobieren.

So wollen wir den 2. Linken Medientag in Magdeburg in diesem Jahr in enger Kooperation der Linken Medienakademie und der RLS Sachsen-Anhalt als die „LiMA regional Magdeburg“ durchführen. Der Medientag wird dadurch weiter an Qualität und Kompetenz gewinnen. Mit dieser Konferenz wenden wir uns an linke und alternative Medienmacherinnen und Medienmacher, die sich vor Ort gemeinsam mit Gleichgesinnten fortbilden wollen.

Die „LiMA regional“ bietet Bildung und Diskussionen, Fachvorträge, Workshops und Debatten und will an einem Tag eine bunte, quirlige Atmosphäre mit Campuscharakter entwickeln. Mit diesem Treffen der Akteure wollen wir ihre Vernetzung fördern.

Termin vormerken!

Mit einer unverbindlichen Voranmeldung kannst Du Deine eigenen Vorschläge zur Programmgestaltung einbringen und bleibst immer über den aktuellsten Stand der Vorbereitung informiert.

Anmeldungen an Klaus Czernitzki oder an Günter Schwab bzw. Postanschrift:

DIE LINKE, Landesverband Sachsen - Anhalt,
Ebandorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

„Für mehr Demokratie“

Jürgen Riedels neuer Lyrikband „Für mehr Demokratie“ setzt sich mit politischen Ereignissen, politischen Personen, politischen Missständen auseinander. Dabei geht Riedel konkret direkt und oft auch analytisch vor. Bei allem Zorn über schein-demokratische Zustände in der Bundesrepublik bleibt der sprachlich äußerst originelle und dennoch verständliche Lyrikband sachbezogen.

Ein Hauptakzent des Gedichtbandes liegt in der Betrachtung demokratischer und diktatorischer Bestandteile von DDR und Bun-

desrepublik. Er kritisiert hinsichtlich Bundesrepublik die Diktatur einer Reihe von Banken, zahlreicher Behörden, die nur formalistisch kontrolliert werden, und solcher Unternehmen, die trotz Riesenprofite Menschen arbeitslos machen oder unterbezahlt beschäftigen. Er kritisiert, dass im bundesdeutschen Grundgesetz das Recht auf Arbeit fehlt. Er kritisiert, dass in der Bundesrepublik - die demokratischen Faktoren der Meinungsfreiheit und persönlichen Freiheit besitzt - eher nur formal-demokratisch Wahlfreiheit vor-

kommt, da sie von dominierenden, politischeinseitigen Medien häufig in eine rückschrittliche Richtung gedrängt wird. Diese Medien bringen die DDR ausschließlich mit Mauer, Stasi, Einheitsliste in Verbindung und lassen die demokratischen Seiten der DDR unerwähnt - z.B. den gegenüber der Bundesrepublik besseren Sozialbezug, gerade auch was die Stellung der Frau betraf, und das insgesamt bessere kulturelle Niveau, das auf - trotz gewisser Ideologie - fundierter Schulbildung und Erziehung zum Respekt beruhte. o. A.

Jürgen Riedel: Für mehr Demokratie – Politische Lyrik; Verlag Wiljo Heinen, ISBN 978-3-939828-64-8

Entscheidung gegen Täve Schur ist eine Entscheidung gegen die Anerkennung ostdeutscher Biographien

Die Entscheidung, Täve Schur nicht in die „Hall of Fame“ des Sports aufzunehmen, macht in erschreckender Weise die Missachtung ostdeutscher Biographien und der Lebensleistung der Menschen in der DDR durch das Entscheidungsgremium deutlich.

Dass Täve Schur eine der großen Identifikationsfiguren eben nicht nur des ostdeutschen Sports ist, hat nicht nur die große Zahl der Gratulanten zu seinem 80. Geburtstag aus ganz Deutschland und darüber hinaus unter Beweis gestellt.

An der sportlichen Leistung von Täve Schur dürfte niemand Zweifel hegen. Dopingvorwürfe gegen ihn wurden nie erhoben und wären bei ihm ja wohl auch absurd. Für die Staatssicherheit hat er nachweislich nicht gearbeitet. Der Vorwurf, er hätte sich politisch in der DDR instrumentalisieren lassen, ist insofern absurd, als dass dieser Vorwurf bei der intensiven Verbindung von Politik und Sport wohl gegen die Mehrheit von Leistungssportlern in der Vergangenheit erhoben werden könnte.

Dann wäre die „Hall of Fame“ des Sports bedeutend leerer. Dass Täve Schur umstrittene politische Positionen vertritt, darf nie und nimmer ein Grund dafür sein, dass man ihm die verdiente Ehrung seiner sportlichen Lebensleistung verwehrt. Dass dies trotzdem geschieht, verstärkt nachdrücklich den Eindruck, dass Ostdeutsche Menschen 2. Klasse sind, Die Fraktion solidarisiert sich ausdrücklich mit Täve Schur in dem Wissen darum, dass seine Verankerung in den Herzen der Menschen nicht nur im Osten Deutschlands tausend mal wichtiger ist, als die diskriminierende Entscheidung einer scheinbar ideologisch verblendeten Kommission.

Zu einer öffentlichen Sprechstunde zum Thema
„Teilhabe und Bildungspakt“
laden die Stadträte René Trömel und Ute Haupt

am Dienstag, dem 24. Mai 2011, 15:00 Uhr,
in die Geschäftsstelle des Stadtverbandes
DIE LINKE., Blumenstraße 16, 06108 Halle (S.)
interessierte Bürgerinnen und Bürger ein.

Es besteht auch die Möglichkeit, Fragen zu den Anträgen auf Leistungen des Bildungspaketes zu stellen.

Buchtipps + Neuerscheinungen + Postgeschichte

Das prachtvolle Gebäude im neoromanischen Stil entstand 1892-1896 als Kaiserliche Oberpostdirektion. In dieser Zeit strebte das sich explosiv entwickelte Halle den Status einer Großstadt an. Die Post wurde auch häufig zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen oder Demonstrationen. In den Märzunruhen 1919 hatte das Landjägercorps unter General Maerker in der Hauptpost an der Großen Steinstrasse sein Hauptquartier. Die Aufständischen besetzten das gegenüberliegende Theater, es kam zu symbolträchtigen Beschuss über die „Alte Promenade“ in deren Mitte die Siegesssäule stand. Im Hof der Post wurde einer der Aufständischen standrechtlich erschossen.

In der DDR fand zum Pioniertreffen 1958 ein Aufmarsch vor der Post statt, im Gebäude kam es zu Treffen zwischen Pionieren und DDR-Politikern.

Auch die Post- und Telefonüberwachung gehört zur Geschichte der Post; sie spielte in der DDR-Zeit eine ganz spezielle Rolle.

Simone Trieder Ich verbinde... „Die ehemalige Hauptpost in Halle, Hasenverlag, Herausgeber: Peter Gerlach und Moritz Götze, Heft Nr. 21; Broschur, 20,0 X 14,8 cm, 114 Seiten, 73 Fotos und 20 Abbildungen, ISBN: 978-3-939468-57-8, Preis: 12,80 Euro.

Schwester Monika neu

Karl Gabel, Schwester Monika, Nixi, Kuno Wimmerzahn oder Tierparklehrling Ede - wer kennt sie nicht, die von Erich Schmitt

geschaffenen Kultfiguren. Jahrzehntlang sorgte täglich ein Schmitt-Bild für Heiterkeit bei Lesern der Berliner Zeitung, zahlreiche Sammelbände erschienen - zum Wiedererkennen und Neu-Entdecken

Erich Schmitt „Schwester Monika“, 96 Seiten, 11,4 x 17,7 cm, brosch., Preis 4,99 Euro, Eulenspiegel Verlag, ISBN 978-3-359-02308-1

Sagen, was ist

Hans Modrow galt als Erneuerer und Hoffnungsträger. Nach der Deutschen Einheit saß er für die PDS als Abgeordneter im Bundestag und im Europaparlament. Die Journalistin Gabriele Oertel hat lange Interviews mit dem 82-Jährigen geführt, der es auch nach über sechs Jahrzehnten Politik nicht lassen kann, sich einzumischen. Und den mit Blick auf die Wendezeit vor allem bewegt, »dass wir zwanzig Jahre danach immer noch Schwierigkeiten haben, diese Zeit mit der Reife zu betrachten, die sie uns eigentlich abfordert«.

Gabriele Oertel „Hans Modrow Sagen, was ist“ ISBN 978-3-360-02101-4 240 Seiten, 12,5 x 21,0 cm mit Bildteil, gebunden Preis 16,95 Euro.

Schlitzohren und Halunken

Sie nennen sich Manager, und genauso sehnen sie auch aus: Banker und Bonus-Banditen, die für Renditen unter 50 Prozent gar nicht erst aufstehen und sich jedes ihrer Finanzverbrechen vom Steuerzahler fürstlich honorieren lassen. Die Glaubwürdigkeitsbarone der politischen Klasse wiederum reden, wenn der Tag lang ist, soviel

Blech, dass sie aus metallurgischen Gründen jederzeit bei der IG Metall willkommen sein müssten. Aber nicht mehr lange.

In diesem Almanach sind sie verzeichnet, die Schlitzohren und Halunken. Endlich kommt Licht ins Dunkel. Deutsche Täter, Leugner ist zwecklos. Handy hoch.

Peter Sodann „Schlitzohren und Halunken - von Ackermann bis Zumwinkel“, ISBN 978-3-359-02247-3, 192 Seiten, Eulenspiegelverlag, 12,0 x 19,0 cm, gebunden, Preis 12,95 Euro.

Halleluja

Menschenrechte!

Christliche Werte! Gleichheit vor dem Gesetz! Heinz Florian Oertel macht Ernst mit den großen Ansprüchen. Er stellt aufrüttelnde und manchmal bittere Fragen.

Heinz Florian Oertel „Halleluja für Heuchler“, Das Neue Berlin, 144 Seiten, Preis 9,95 Euro.

Satire aus 20 Jahren

„Dass die Leute über mich lachen, verstehe ich ja. Aber dass sie auch über meine Texte lachen, wenn sie mein ratloses Gesicht dazu garnicht sehen, das verstehe ich schon weniger. Ich bin nämlich ein deutscher Spaßmacher, und das heißt: Ich meine fast alles ernst, was ich schreibe. Satire beginnt, wo der Spaß aufhört.“ Dieses Credo von Peter Ensikat steht über der Sammlung seiner besten Satiren, in denen er so sensibel wie scharfzüngig die politischen Verhältnisse kommentiert.

Peter Ensikat „Wo der Spaß aufhört, Satiren aus 20 Jahren“, ISBN 978-3-359-02270-1, 224 Seiten, 12,0 x 19,0 cm, geb., Preis 14,95 Euro.